



Dialogforum der Kommunen am 10./11. November 2021

10. November 2021 via Zoom:

<https://us06web.zoom.us/j/84987907500?pwd=K1BGWnJ2ZWRhVVVMMnRmTERvMndMQT09>

Meeting-ID: 849 8790 7500; Kenncode: 045348

- 12:30 Uhr Austausch auf Wonder.me:
<https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79>
- 12:55 Uhr Einwählen in Zoom und Technik-Check
- 13:00 Uhr Begrüßung durch *Anne Lütkes, Vorstandsvorsitzende Kinderfreundliche Kommunen e.V.* und Programmablauf
- 13:10 Uhr Vorstellungsrunde im Speed-Networking-Format
- 13:30 Uhr Neuigkeiten aus dem KfK e.V.:
- Neue Kommunen im Programm
 - Neue Mitarbeitende im Team von KfK
- 13:50 Uhr „Jugendliche, digitale Kanäle und Kinderrechte“ mit anschließender Diskussion
Cornelia Jonas, Referentin Medienbildung, Deutsches Kinderhilfswerk
- 14:50 Uhr Pause und Austausch über Wonder.me:
<https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79>
- 15:15 Uhr „Gute Praxis Social Media zur Erreichung der Zielgruppe Jugend“ mit anschließender Diskussion
Melanie Schmitt, Jugendstiftung Baden-Württemberg und Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg
- 16:15 Uhr Austausch zu Öffentlichkeitsarbeit und Soziale Medien sowie Daten- und Kinderschutz in Kleingruppen
- 17:00 Uhr Ausklang und Austausch über Wonder.me:
<https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79>

11. November 2021 via Zoom:

<https://us06web.zoom.us/j/84987907500?pwd=K1BGWnJ2ZWRhVVMMnRmTERvMndMQT09>

Meeting-ID: 849 8790 7500; Kenncode: 045348

- | | |
|------------------------|---|
| 9:00 Uhr | Einwählen in Zoom und Technik-Check |
| | Neuigkeiten aus dem KfK e.V.: |
| 9:05 Uhr | <ul style="list-style-type: none">• Fortbildung Kindeswohlvorrang im Verwaltungshandeln• Kindgerechte Haushaltsaufstellung• Wirkungsanalyse |
| 9:30 Uhr | „Kinderrechte in den Medien. Die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes mit anschließender Diskussion
<i>Torsten Krause, Referent Medienpolitik, Deutsches Kinderhilfswerk</i> |
| 10:20 Uhr | Austausch zu digitalen Beteiligungstools in Kleingruppen |
| 11:00 bis 11:30
Uhr | PAUSE mit Austausch auf Wonder.me:
https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79 |
| 11:30 Uhr | Neuigkeiten aus dem KfK e.V.: |
| | <ul style="list-style-type: none">• Siegelentfristung |
| 12:00 Uhr | Ergebnissicherung: Kurzberichte aus den Austauschgruppen |
| 12:30 Uhr | Ausblick und Verabschiedung |
| 12:45 bis 13:30
Uhr | Ausklang und Austausch auf Wonder.me:
https://www.wonder.me/r?id=05b1e1f4-9112-4770-ada4-6f1f4bc2de79 |

Ergebnisse: Austausch und Beratung

Austauschrunde I: Öffentlichkeitsarbeit und Soziale Medien sowie Daten- und Kinderschutz

Fragestellungen:

1. Welche Social-Media-Kanäle werden in Ihrer Kommune zur Ansprache von Jugendlichen genutzt?
2. Wird damit die Zielgruppe erreicht?
3. Welche Kanäle funktionieren nicht?
4. Welche Fragen habe ich zur Social-Media-Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit zu Kinderrechten über Social-Media-Kanäle?
5. Warum nutzt meine Kommune einige der genannten Kanäle nicht?
6. Welche Bedenken/rechtliche Hürden werden in meiner Kommune angeführt für die Nutzung von Social-Media-Kanälen?

AG 1:

An der AG nahmen Koordinator_innen aus sechs Kommunen teil. Der Zugang zu Social-Media-Accounts ist in den Kommunen unterschiedlich geregelt. In einigen Kommunen haben Jugendbeirat und Jugendeinrichtungen eigene Zugänge zu Instagram, Facebook oder nutzen eigenverantwortlich WhatsApp zur Kommunikation mit der Zielgruppe. Dafür stehen den Mitarbeitenden Diensthandys zur Verfügung. Als Grundlage dafür sind zuvor Schulungen dazu durchgeführt worden, die eine selbständige Nutzung ermöglichen. Außerdem wurde das Einverständnis der Eltern eingeholt. Dies ermöglicht einen schnellen, niedrighwelligen Informationsfluss.

In anderen Kommunen gibt es zentrale Zugänge der Stadt zu Instagram oder Facebook. Posts müssen durch mehrere Abteilungen und z.B. von der Pressestelle freigegeben werden. Dadurch dauert es oft mehrere Tage, bis etwas online geht. Die Kommunikation und Information funktionierten dadurch deutlich schlechter als bei einer dezentralen Struktur.

Eine Kommune hat einen Jugendpressesprecher mit eigenem Account. Diese Position wurde im Rahmen eines Praktikums bei der OB eingerichtet und soll die Kommunikation mit Jugendlichen verbessern. Sie soll zukünftig über ein Ehrenamt fortgeführt werden. Der Stadtjugendring nutzt dies, um Themen weiterzugeben. Eine Anregung aus der Gruppe ist, diese Funktion über eine FSJ-Stelle besser abzusichern und zu verstetigen.

Eine wichtige Erkenntnis ist, dass auch eine sehr gute Social-Media-Arbeit die Beteiligungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht ersetzen kann, da die direkten Beziehungen fehlen.

Eine Kommune führt als neues Tool eine Jugend-App ein. Dafür wird aus der Schweiz die App Jugendarbeit.digital eingekauft. Diese ist ein Projekt, das für jede Kommune eigens angepasst werden kann. Die Kosten variieren nach Gemeindegröße und bestehen aus einem Einstiegsbetrag und einem Jahresbeitrag. KfK fragt in der Schweiz bei den Kinderfreundlichen Gemeinden Erfahrungen mit der App ab.

Eine andere Kommune konnte eine Medienagentur gewinnen, die der Gemeinde eine Webseite inkl. Betreuung spendet, mit der Kinder und Jugendliche angesprochen werden sollen.

Außerdem berichten einige Teilnehmende, dass auch in den Sozialen Medien und bei Messengern gilt, dass Jugendlichen nicht überall Erwachsene dabei haben wollen, sondern die Gruppen als ihren Erprobungsraum nutzen wollen. Dies ist in der pädagogischen Arbeit zu respektieren.

AG 2:

An der AG nahmen Koordinator_innen aus sieben Kommunen teil. Facebook und Instagram werden für zentrale Auftritte der Kommune, über die auch Informationen für Kinder und Jugendliche verbreitet werden, genutzt, sowie für eigene Auftritte der kommunalen Jugendpflege oder des Kiju-Büros verwendet. Auch Jugendhäuser nutzen diese Plattformen, insbesondere Instagram, um Information und Werbung für Veranstaltungen (statt Flyer) zu verbreiten.

Die Nutzung von WhatsApp ist in den meisten Kommunen aufgrund der Datenschutzproblematik nicht möglich.

Die CommyUnity App wird von der Betreuung des Jugendparlaments in Weilerswist genutzt. Die App eignet sich für das Kontakthalten, Umfragen, Terminabfragen, Beteiligungsvorhaben und wird von den Jugendlichen gut angenommen (<https://commy-unity.quiply.io/#/public/start?tenantKey=commyunity>).

Als Hürden für die Einrichtung und Nutzung von Plattformen wurden die Kosten bei einer professionellen Betreuung von diesen und fehlende personelle Ressourcen für die Betreuung der Auftritte innerhalb der Kommune genannt. Zudem sei es für eine ehrenamtliche Betreuung schwierig engagierte Jugendliche zu finden.

Bislang gibt es noch keine Erfahrungen mit einer Jugendredaktion. In der Diskussion wurde diese als sehr voraussetzungsintensiv bewertet, da spezielle verwaltungsinterne Strukturen vorhanden sein müssten und grundsätzlich die Bereitschaft von Seiten der Verwaltung voraussetzt. Es sei vorteilhafter, wenn die Redaktion von externen Akteur_innen betrieben werde und nicht von der Kommune, da innerhalb der Verwaltung die Abstimmungsprozesse länger dauern.

AG 3:

Insgesamt nahmen Personen aus fünf Kommunen an dieser Arbeitsgruppe teil. Das Gespräch zeigte, dass die Erfahrungen, die die Kommunen bisher mit digitalen Medien gesammelt haben, sehr unterschiedlich waren. Eine Kommune nutzt bisher keine sozialen Medien. Alle weiteren Kommunen besitzen entweder Social-Media-Accounts und/oder eine Webseite, die Kinder und Jugendliche über Angebote an ihrem Wohnort informieren.

In mehreren Kommunen werden die Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung und dem Bespielen der Social-Media-Kanäle eingebunden. Der Jugendbeirat einer Stadt hat zudem eine eigene Arbeitsgruppe, die sich dem Thema Öffentlichkeitsarbeit widmet und deren Mitglieder an einer Fortbildung hierzu teilgenommen haben. Fortbildungen und Schulungen zur Öffentlichkeitsarbeit waren auch in einer anderen Kommune ein Thema: Dort erhielten die Mitarbeiter_innen der Jugendpflege eine Fortbildung zu Instagram von den Jugendlichen selbst.

In einer Kommune dürfen die Mitarbeiter_innen der Jugendpflege What's App benutzen. Über die datenschutzrechtlichen Bedenken ist man sich dabei zwar durchaus im Klaren, dennoch entschied man sich für eine Nutzung, denn: „Jugendliche sollten bei dem abgeholt werden, was sie nutzen.“

Während des Austauschs wurde zudem die Problematik thematisiert, dass nicht alle Kinder und Jugendliche über digitale Angebote erreicht werden können. Insbesondere junge Menschen im

Alter zwischen 8 und 13 Jahren sind über die sozialen Medien nur schwer erreichbar. Somit müssen digitale Informationsangebote immer durch analoge Formen, wie beispielsweise Flyer oder Plakate, ergänzt werden. Zudem gilt es, Kindern Kompetenzen der Internetnutzung zu vermitteln: So steht in einer Kommune in Klassenstufe 3 eine Internetstunde auf dem Lehrplan.

AG 4:

An der AG nahmen Koordinator_innen aus sieben verschiedenen Kommunen teil. Die Koordinator_innen nutzen kaum soziale Medien, im Gegensatz zu den Jugendarbeiter_innen der Kommune. Sie möchten damit einen „overflow“ vermeiden, zudem sehen sie zu viele rechtliche Hürden hinsichtlich des Datenschutzes. WhatsApp würde aus diesem Grund nicht genutzt, zudem ist die Skepsis groß, ob Jugendliche z.B. Signal hochladen würden, nur um mit ihrer Kommune in den Austausch treten zu können. Facebook ist mehr und mehr ein Tool für ältere Personen.

Allerdings nutzen einige Kommunen Instagram-Accounts. Zudem wird mit padlet gearbeitet, um einen guten Austausch zu ermöglichen. Generell sind digitale Angebote eine gute Unterstützung, sie müssen aber in eine gute Gesamtkommunikationsstrategie eingebettet sein. Analoge Beteiligung ist jedoch nicht durch digitale ersetzbar.

Es wurde betont, dass Medienkompetenz-Trainings für alle Beteiligten von hoher Bedeutung sind und eine gute Vorbereitung aller digitalen Angebote unerlässlich ist.

AG 5:

An der AG haben Koordinator_innen aus sieben Kommunen teilgenommen. Die Kommunen nutzen verschiedene Social-Media-Kanäle wie Facebook, Instagram oder YouTube. Facebook ist überwiegend für die Zielgruppe Eltern gedacht, die wiederum die dortigen Informationen an ihre Kinder weitergeben. Die Plattformen werden auch dafür verwendet, der Politik zu zeigen, was vor Ort für Kinder und Jugendliche umgesetzt wird.

Die genutzten Kanäle werden meist über Hauptamtliche oder Bundesfreiwilligendienstler_innen bespielt. Im Alltag fehlt aber häufig die Zeit, teilweise auch das Know-How mehr Social-Media zu produzieren und Beiträge zu posten. Zudem stellt sich die Frage, was neben allgemeinen Ankündigungen zu Veranstaltungen noch interessant für die Zielgruppe wäre.

Kinder und Jugendlichen aus den Kommunen beteiligen sich kaum an Social-Media-Beiträgen. Es gibt noch keine Erfahrungen wie sie für eigenen Content motiviert werden können, dazu fehlt der Anreiz im Gegensatz zum Dachverband Jugendgemeinderäte. Es wurde die Frage gestellt, wie Jugendliche dazu motiviert werden können, sich mehr an Öffentlichkeitsarbeit und Social-Media zu beteiligen.

In Neuwied ist eine Jugendplattform geplant, die auch eine Jugendredaktion vorsieht. Es sollen z.B. Infos zum Thema Ausbildung oder zu Hilfsangeboten bereitgestellt werden.

Austauschrunde II: Digitale Beteiligungstools – 11.11.2021

Fragestellungen:

1. Welche digitalen Tools haben Sie für Kinder- und Jugendbeteiligung genutzt?
2. Wird damit die Zielgruppe erreicht?
3. Welche Probleme gab es?
4. Welche Fragen habe ich zu digitalen Beteiligungstools?
5. Warum nutzt meine Kommune keine digitalen Beteiligungstools?
6. Sind die Tools in ein größeres Teilnahmeverfahren eingebunden?
7. Welchen Stellenwert hatte die Beziehungsarbeit in diesen Verfahren

AG 1:

Als allgemeines Fazit wird gleich zu Beginn festgehalten, dass die Pandemie den Kommunen, aber auch auf der Bundes- und Landesebene, die Defizite bei der Digitalisierung aufgezeigt hat.

Ein Problem, das in einer Kommune aufgetreten ist, dass mit der Einrichtung der von Jugendlichen gewünschten kommunalen, freizugänglichen W-LAN-Hot Spots oft auch Vandalismus an diesen Orten einhergeht. Hier muss noch eine Lösung gefunden werden.

Außerdem fehlt in vielen ländlichen Gebieten noch eine ausreichende Ausstattung mit schnellem Internet. Häufig sind die Anschlüsse begrenzt. Hier ist ein Ausbau notwendig.

Nach diesem Einstieg wendet sich die AG dem Beratungsbedarf einer Kommune zu. Diese hat den Bau einer neuen Skateanlage beschlossen, allerdings ist der Beschluss mit einem Sperrvermerk versehen, dass 100.000,- Euro an Geldern eingeworben werden müssen, um mit dem Bau zu beginnen. Es fehlen aktuell noch 55.000,- Euro.

Die anderen Kommunen empfehlen folgende Fördermittel zu prüfen:

- Antrag beim Spielraumfonds des Deutschen Kinderhilfswerk
- Arbeitsleistung von Jugendlichen einrechnen
- Landesförderung Niedersachsen Jugendtreffpunkte
- Förderung Startklar in die Zukunft
- LEADER greift zwar nicht, da die Stadt nicht im Fördergebiet liegt, aber über die Nutzenenden, die auch aus umliegenden Orten kommen, könnte dies erreicht werden.
- Bundesprogramm Förderung Sportstätten (Rathenow hat darüber Skateanlage finanziert)

AG 2:

Hinsichtlich des vorangegangenen Vortrags zum General Comment wurde die Frage gestellt, wie die rechtliche Perspektive auf eine praktische Ebene geholt werden kann. Daran anschließend wurden folgende Erfahrungen der Kommunen thematisiert:

Zum Thema W-LAN im öffentlichen Raum: Alle anwesenden Kommunenvertreter_innen haben in ihren Städten W-LAN im öffentlichen Raum, das zeitweise begrenzt ist, um Ansammlungen an bestimmten Plätzen zu verhindern. Zum Teil ist unklar, nach welchem Bedarf die Orte mit öffentlichen W-LAN ausgesucht wurden. In einer Kommune erfolgte die Auswahl klar touristisch orientiert. Auch inwieweit Kinder und Jugendliche das W-LAN nutzen, ist unklar. Dabei bleiben Fragen des Kinder- und Jugendschutzes ungeklärt, da öffentliches W-LAN zur Umgehung von Websiteblockungen Zuhause genutzt werden kann. Eine Kommune hat in Schulen und anderen öffentlichen Kinder- und Jugendeinrichtungen Internetfilter im W-LAN zum Schutz installiert.

Zum Thema Medienkompetenz von Kindern sowie Kindern nahestehenden Erwachsenen wurden folgende Best Practices zusammengetragen:

- In Köln wurde zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Broschüre zu digitaler Bildung erarbeitet: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176812/957ce67999216996e21990ca951c4d3b/digitale-spiele-paedagogisch-beurteilt-band-30-data.pdf>.
- In anderen Kommunen gibt es beispielsweise Kooperationen mit externen Partnern und Schulen/Kitas, um Eltern zu bilden sowie Kooperationen mit der Polizei zur Prävention mit medienpädagogischem Schwerpunkt: <https://www.pd-ol.polizei-nds.de/praevention/puppenbuehnen/del/programm/netzdschungel-114266.html>, https://www.pd-lg.polizei-nds.de/praevention/praeventionspuppenbuehne_lueneburg/die-praeventionspuppenbuehne-656.html.
- Präventionstheater allgemein: <https://www.holzwurm-theater.de/holzwurm-theater/repertoire/>.
- Medienscouts zur peer-to-peer-Beratung an Schulen: <https://medienscout.info/>
- oder ein MediaLab: <https://www.leseclubs.de/medialabs/was-ist-ein-medialab/>.
- Siehe auch Anhang „2021_08 Präventions- und Informationsangebote Kinder und Jugendbereich“

Zum Thema Bildungsgerechtigkeit in Bezug auf den Besitz von digitalen Endgeräten wurde auf Landesförderprogramme, eventuelle Fördertöpfe auf Kreisebene sowie ehrenamtliche Angebote verwiesen.

Zum Thema Personal zur Betreuung von IT-/Medien wurden verschiedene Erfahrungen gemacht. In einer Kommune konnten medienbeauftragte Personen über den Digitalpakt Schule (<https://www.digitalpaktsschule.de/>) finanziert werden. In einer anderen Kommune hat das Modell von Medienbeauftragten-Lehrer_innen nicht gut funktioniert. Inzwischen wurde eine Stelle in der dortigen Verwaltung geschaffen, die die Medieninfrastruktur der kommunal getragenen (Grund- und Haupt-)Schulen betreut.

AG 3:

Insgesamt nahmen Personen aus sieben Kommunen an dieser Arbeitsgruppe teil. Als Einstieg in das Gespräch bemerkte eine Kommune, dass sich im Arbeitsalltag immer wieder zeige, dass „wir in jeglicher Hinsicht der digitalen Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen hinterherhinken“. Die Kommune steht vor der Herausforderung, zwischen dem Kinderschutz und dem Recht auf digitale Teilhabe zu vermitteln. Mit dieser Ambivalenz müssten sich die Kommunen dringend auseinandersetzen. Bezugnehmend auf diese Ausführungen berichtete eine Person davon, sich in die Digitalisierungsstrategie der Stadt einschalten zu wollen, um auf diesem Weg auf die Kinderrechte hinzuweisen.

Im weiteren Verlauf des Gespräches berichteten die Kommunen über ihre digitalen Erfahrungen während der Coronapandemie. In der Diskussion zeigte sich einmal mehr, wie unterschiedlich die verschiedenen Regionen in Deutschland bei der Digitalisierung aufgestellt sind: Hapert es in einigen Kommunen noch an einem zuverlässigen Internetzugang, scheinen andere Städte und Gemeinden online gut aufgestellt zu sein. Eine Person berichtete von „einer digitalen Müdigkeit“, die sich aufgrund des Homeschoolings bei vielen jungen Menschen einstellte und warf die Frage

in den Raum, ob es wirklich Aufgabe der Kommune sei, noch mehr mediale Zeit herauszuschlagen.

Abschließend berichteten die Kommunen von ihren Erfahrungen mit digitalen Beteiligungsformaten: Eine Kommune führte eine digitale Spielplatzbeteiligung durch. Die Erfahrungen waren dabei durchaus positiv. So konnten im Endeffekt deutlich mehr Kinder erreicht werden, jedoch fehlte eine tiefere Auseinandersetzung, wie sie bei analogen Beteiligungsformaten möglich ist. In einer Kommune wurde das Jugendparlament digital gewählt. Dabei wurde auf einen externen Dienstleister zurückgegriffen, wodurch der Arbeitsaufwand für die Kommune deutlich verringert wurde. Die Wahlbeteiligung ist von 14% auf 28% - gestiegen.

AG 4:

Fünf Personen aus verschiedenen Kommunen nahmen am Austausch teil. In der Gruppe wurde viel über den General Comment, die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes diskutiert. Es wurde festgestellt, dass es eine große Kluft zwischen Realität und Theorie gibt und sich die Kommunen teilweise in einem digitalen Notstand befinden. Es braucht eine breitangelegte Offensive, um Digitalisierung als Recht von Kindern zu verstehen, da auch das Recht auf Bildung durch die digitale Unterversorgung eingeschränkt wird. Es besteht die Notwendigkeit auf das Recht auf digitale Teilhabe. Kinderfreundliche Kommunen sollten gemeinsam an die Bundesregierung herantreten und sich für sichere Server für digitale Kinderbeteiligung einzusetzen. Außerdem kam der Hinweis, die Digitalisierung in Bezug auf den Vorrang des Kindeswohls in die Aktionspläne aufzunehmen.

Es wurde zudem die Frage diskutiert, ob es besondere Computer für besondere Zielgruppen gebe.

Gute Erfahrungen haben die kommunalen Vertreter_innen mit AULA (<https://app.aula.de/#/login>) und der App Stadtsache gemacht. Sie ist ein gutes Tool für eine schnelle Bestandsaufnahme (<https://stadtsache.de/>).

AG 5:

Hinsichtlich des Austauschs zum General Comment wurde festgehalten, dass die Formalanforderungen für den Datenschutz zu hoch sind und es in der Praxis Probleme bei der Umsetzung gibt. Zum Beispiel ist es aufwendig, sich Einverständniserklärungen der Eltern einzuholen. Es braucht lebensweltorientierte Lösungen. Die Kommunen haben dazu zwei Optionen benannt: 1. Die Einhaltung des Datenschutzes, die zu weniger Beteiligungen führt, 2. der Datenschutz wird umgangen, um wichtige Infos bspw. über WhatsApp zu teilen und die Formate der Kinder und Jugendlichen zu nutzen.

Es wurden folgende Projekte/Maßnahmen vorgestellt, bei denen digitale Tools genutzt wurden:

- Dorfcheck: Ortsteilbegehungen mit Tablett und Recorder
- Jugendversammlung Live über YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=xMG0pwmKhs8>
- Befragungen von Jugendlichen über Survey Monkey, https://www.surveymonkey.de/?ut_source=sem_lp&ut_source2=sem&ut_source3=header
- Beteiligung bei Gestaltung von Freizeitflächen über die Plattform CitizenLab-<https://www.citizenlab.co/de>

AG 6:

Durch die Vorträge des Dialogforums wurde das Bewusstsein geschärft, dass es beim Thema Digitales um Kinderrechte geht und es wichtig ist, sich damit auseinanderzusetzen. Die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 stärke den Rücken, wenn es um Bemühungen geht, zeitgemäße Endgeräte für kommunale Jugendräume zur Verfügung zu stellen, wofür es in manchen Kommunen wenig Verständnis gibt, und die Annahme herrscht, dass alle Kinder und Jugendlichen schon damit ausgestattet sind.

Es wurde die mangelhafte digitale Infrastruktur (schnelles und stabiles Internet) in ländlichen Räumen angesprochen, die vieles schwierig oder unmöglich macht.

Zudem wurde betont, dass bei digitalen Umfragen darauf stärker geachtet werden müsse, dass alle Kinder und Jugendlichen mitmachen können, und im Zweifelsfall auch zusätzlich eine analoge Umfrage per Papierfragebogen durchgeführt werden muss.

Digitale Beteiligungstools (Wolfsburg und Weilerswist)

- Mentimeter, um von einer großen Gruppe schnell Meinungen einzusammeln
<https://www.mentimeter.com/>
- Yopad (<https://yopad.eu/>) und tricider (<https://www.tricider.com/>) zum Ideensammeln in den digitalen Sitzungen des Kinderbeirats und Jugendbeirats,
- Umfragetool Questor Pro(<https://www.questor.pro/>): Umfrage zur Spielplatzplanung verlief positiv
- CommYOUunity App beim Weilerswister JuPa, <https://commyouunity.quiply.io/#/public/start>

